

Freitag, 28. Juli 2023

# Schweres Geschütz gegen Linke-Spitze

»Was-tun-Netzwerk« der innerparteilichen Opposition wirft Vorsitzenden »Putsch« vor

Ein Zusammenschluss des Wagenknecht-Lagers verurteilt den Vorschlag der Linke-Vorsitzenden, mit Carola Rackete und Gerhard Trabert in den Europawahlkampf zu ziehen.

JANA FRIELINGHAUS

Es brauchte eine Weile, bis sich die Kritiker der Linke-Spitze, die sich im Was-tun-Netzwerk zusammengeschlossen haben, zum Vorschlag der Bundesvorsitzenden für ein »Spitzenteam« zur Europawahl 2024 äußerten. Am Mittwochabend nun verbreitete der Koordinierungskreis des Netzwerks eine Stellungnahme, in der er den Vorgang scharf als »Putsch von oben« verurteilt und behauptet, es sei an den zuständigen Gremien der Partei vorbei agiert worden. Auch inhaltlich wird Kritik am Personalvorschlag geübt, insbesondere an der Idee, mit Klima- und Seenotrettungsaktivistin Carola Rackete an der Spitze in den Europawahlkampf zu ziehen.

In dem Netzwerk haben sich diejenigen zusammengeschlossen, die viele Positionen Sahra Wagenknechts teilen, insbesondere jene, dass sich die Linkspartei nicht mehr um die Armen, die Lohnarbeitenden und Marginalisierten kümmere, sondern angeblich nur um die Interessen kleiner Gruppen, und dass sie »grüner« sein wolle als die Grünen.

In seiner Stellungnahme lässt der Koordinierungskreis des Was-tun-Netzwerks, dem unter anderem das ehemalige Bundesvorstandsmitglied Ralf Krämer angehört, kein gutes Haar an dem am 17. Juli von den Linke-Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan präsentierten Quartett von Kandidaten zur Europawahl. Dem Vorschlag der Vorsitzenden zufolge sollen Schirdewan und Özlem Alev Demirel, die bereits seit 2019 die Linke im Europaparlament vertreten, 2024 auf Platz 1 und 3 der Partei kandidieren. Auf Platz 2 möchten sie Carola Rackete sehen und auf Platz 4 Gerhard Trabert, der im vergangenen Jahr für die Linke für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte.

Im Was-tun-Statement heißt es, die Vorsitzenden hätten ihren Vorschlag »ohne Absprache mit den zuständigen Parteigremien« der Öffentlichkeit präsentiert und damit frühzeitig »Fakten geschaffen«. Weiter heißt es in der Stellungnahme: »Der Bundesausschuss der Partei, in dessen Kompetenzbereich der Vorschlag für die Aufstellung einer Europaliste fällt, wurde faktisch kaltgestellt. Diesem bleibt nur noch die Wahl zwischen der Absegnung dieser putschartigen Aktion oder einen Eklat zu riskieren.« Dasselbe gelte für den Bundesparteitag, der im November die Kandidaten zur Europawahl bestimmen wird. Es handelt sich mithin um einen »Putsch von oben«. Mit der »eigenmächtigen und satzungswidrigen ‚Installierung‘« werde »bewusst und absichtlich der Konflikt bis zur endgültigen Bruchlinie hin verschärft«, die Spaltung der Partei werde »faktisch von der Parteiführung vollzogen«.

Lars Peters, Pressesprecher des Linke-Bundesvorstands, betonte am Donnerstag gegenüber »nd«, die Vorwürfe seien »schlicht falsch«. Die Vorsitzenden hätten das übliche Prozedere eingehalten und ihren Vorschlag im Vorfeld nicht nur mit Landes- und Fraktionsvorsitzenden, sondern auch mit dem Bundesausschuss besprochen. Beim Bundes-



Feindbild der Linkskonservativen: Carola Rackete. Zu Kandidat Gerhard Trabert (links) ist ihnen noch nichts eingefallen.

ausschuss können seit dem Frühjahr Kandidaturen für die Europawahl eingereicht werden – und zwar noch bis zum 30. Juli. »Und natürlich haben auch die Vorsitzenden das Recht, Vorschläge zu machen«, sagt Peters. Gegen-

.....  
**»Entweder gelingt es noch, diesen Kurs der Linken aufzuhalten, oder die Gründung von etwas Neuem wird unvermeidlich.«**  
 .....

Erklärung des Netzwerks »Was tun« in der Linkspartei

über »nd« hatte auch die frühere NRW-Landtagsabgeordnete Gunhild Böth, die Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses ist, erklärt, sie halte das Vorgehen der Vorsitzenden formal wie inhaltlich für richtig.

Die Wagenknecht-nahe Opposition kritisiert indes insbesondere die Entscheidung für Rackete, wenn auch mit etwas kryptischen

Formulierungen. So heißt es in ihrer Stellungnahme: »Wenn die von Carola Rackete mustergültig gelebte Solidarität mit den Opfern der EU-Abschottungspolitik im Mittelmeer mit der Anschlussfähigkeit an die Kriegspolitik der EU verbunden wird und wesentliche Teile der Begründungen für die Kriegspolitik der EU übernommen werden, dann wird jede Orientierung und die Reflexionsfähigkeit der Partei Die Linke verloren gehen.«

»Was tun« behauptet zudem, Rackete und »ihr Umkreis« würden eine Unterstützung des »ukrainischen Widerstands« fordern, was bedeute, dass die Linke demnächst wohl »den Nato-Stellvertreterkrieg gegen Russland« unterstützen werde, in dem Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist und seither größere Gebiete in deren Osten besetzt hält. Eine Pro-Nato-Position sei es, »welche Carola Rackete und ihre Aktivisten mit Unterstützung der Parteivorsitzenden« der Linken »aufzwingen wollen«. Das sei eine »direkte Aufforderung, mit unseren bisherigen internationalistischen, antimilitaristischen

und antiimperialistischen Positionen, wie sie im Erfurter Programm festgehalten sind, zu brechen«. Das werde zur »unumkehrbaren innerparteilichen Spaltung führen«.

Das Fazit der nach eigener Darstellung »linken Opposition« in der Partei: »Entweder gelingt es noch, diesen Kurs aufzuhalten, oder die Gründung von etwas Neuem wird unvermeidlich.«

Der Wagenknecht-Flügel ist gleichwohl der Meinung, dass »auch die linksliberalen Vertreter unserer Partei« zu den »Eliten« gehören, die sich »mittlerweile dem globalen Kapital zugehöriger fühlen als der Arbeiterklasse«.

Die Autoren der Stellungnahme wollen hingegen eine Partei, die »die Klassengesellschaft in jeder ihrer Ausprägungen sichtbar macht, ihr den Kampf ansagt und »gezielt ArbeiterInnen anspricht, gewerkschaftliche AktivistInnen und nicht nur FunktionärInnen gewinnt«. Eine solche wollen sie selbst schaffen – ein klarer Hinweis darauf, dass man selbst nicht mehr lange mit einer »disruptiven Neugründung« warten möchte.

CHRISTIAN WANG